

Die Farbe Grün - Zur Position der Jagd in der modernen Demokratie

Martin Siegmann^{1*}

Vor vierzig Jahren noch war in der öffentlichen Wahrnehmung „GRÜN“ ganz selbstverständlich die Farbe von Forst oder Jagd.

Heute ist Grün die Farbe einer politischen Richtung, die der Forstwirtschaft und der Jagd reserviert gegenüber steht, um es vorsichtig auszudrücken.

Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Verändert, oder zum mindesten in ihren Gewichten verschoben, haben sich die Mechanismen, welche die Willensbildung in der modernen Demokratie beeinflussen.

Interessenvertretung ist bei weitem nicht mehr allein die Aufgabe großer, einheitlicher Vereinigungen mit ähnlichen Interessen, sondern sehr oft auch das Tätigkeitsgebiet kleiner, interessierter, mit den Eigenheiten des politischen Prozesses vertrauter Gruppen. Jede Art der Interessenvertretung benützt heute zu allererst das Vokabel: „Wir fordern...“ Diese Forderungen richten sich zunächst nicht an einen konkreten Gesprächspartner, sondern an die Gesellschaft als Ganzes, repräsentiert durch die politischen Entscheidungsträger. Diese Art der Forderung wird oft von vornherein aus taktischen Gründen sehr hoch angesetzt, aber es ist ja das Kennzeichen des politischen Prozesses, dass am Ende ein Kompromiss zwischen den Interessengruppen steht. Keine beteiligte Gruppe kann ihre Maximalforderung durchsetzen, aber wer am Anfang sehr hohe, ja überhöhte Forderungen gestellt hat, kann am Ende einen guten Teil seines Standpunktes durchgesetzt haben.

Defensive, deren alleiniges Ziel die Aufrechterhaltung eines bestehenden Zustandes ist, kann also wegen dieser politischen Kompromissfindung nur beschränkt erfolgreich sein. In diesem Prozess kann ja immer nur ein Teil des eigenen Standpunktes durchgesetzt werden. Genau und treffend hat diese Situation Carl von Clausewitz in seinem Werk „Vom Kriege“ beschrieben, das ja eigentlich nicht vom Kriegshandwerk handelt, sondern von der Art der Durchsetzung von Interessen. Von ihm stammt ja auch das Wort: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Defensive war für ihn ein unverzichtbares Mittel der Taktik, aber keines der Strategie, jede Defensive muß einmal in eine strategische Offensive übergehen, wenn sie erfolgreich sein soll.

Die Jagd war ja lange Zeit ein allgemein anerkannter, geschätzter Teil der Gesellschaft; in dieser sicheren Position war es nicht erforderlich, Forderungen zum Erheben und mit Interessengruppen zu handeln, die der Jagd kritisch

gegenüber standen. Eigene Konzepte zu entwickeln war nicht erforderlich, und so fand sich die Jagd auf einmal in der Defensive, als jagdkritische Gruppen begannen, die Jagd als Ganzes oder einzelne Aspekte der Jagd in Frage zu stellen.

Dabei fehlt es der Jagd ja keineswegs an guten Argumenten, und gerade in Österreich ist fundiertes Wissen, gerade auch auf akademischem Niveau, in großem Ausmaß vorhanden. Das ist wichtig, da es ja ein Kennzeichen des politischen Prozesses ist, dass die politischen Entscheidungsträger Wert darauf legen, eine sachliche, am besten gutachtlich abgesicherte Grundlage für die schließlich zu treffende Entscheidung zu haben.

Um nicht ganz im Abstrakten zu bleiben, sollen nun noch einige Beispiele angeführt werden, welche diese Situation verdeutlichen.

Im oberösterreichischen Nationalpark Kalkalpen wurde von Ornithologen, nicht von Jägern, im Rahmen einer Arbeit über Rauhfußhühner auch die Situation des Birkwildes in diesem Bereich untersucht: der Bestand im Nationalpark wäre, auf sich allein gestellt, schlecht lebensfähig und ist auf dauernden Nachschub aus etwas entfernter liegenden, bejagten Gebieten angewiesen. Eine der Forderungen der Ornithologen zur Förderung des Birkwildes im Nationalpark ist nun, während der Balzzeit bestimmte Wege für den Tourismus zu sperren, um Störungen der Balz zu vermeiden. Von keiner der Organisationen, die sonst so sehr auf das freie Betretungsrecht pochen, war hier eine Kritik zu hören. Wie wäre es gewesen, wenn eine solche Forderung von Seiten der Jagd erhoben worden wäre?

Ein anderes Beispiel: die Frage des großen Raubwildes, zuletzt besonders der einwandernden Wölfe. Die Jagd hat bei dieser Frage nie eine Initiative ergriffen, hat immer defensiv reagiert und bisher keine Lösung erreicht. Als die ersten Luchse in Österreich auftraten, war das verwendete Argument: wir sind ja nur gegen ausgesetzte Luchse; wenn diese von selbst einwandern, akzeptieren wir sie ja. Und wie wirkt sich dieses defensive Argument jetzt beim Wolf aus? Der ist ja sicherlich selbst eingewandert.

Noch ein Beispiel ist die Diskussion um den bleifreien Schrotschuss, auch hier reagieren.

Forderungen, die von der Jagd erhoben werden müssen, sind diejenigen, welche die Interessen des Wildes vertreten: das Wild ist keine eigene Interessengruppe, die Jagd kann und

¹ Habernau 4, A-4645 GRÜNAU IM ALMTAL

* Ansprechpartner: Dr. Martin SIEGMANN, siegmann@aon.at

muss als einzige Vertreterin der Interessen des Wildes diese Position in die politische Diskussion einbringen. Wie man sieht, haben NGOs nur sehr selektives Interesse an frei lebenden Wildtieren, oder haben Sie schon gehört, dass die in den letzten zehn Jahren sehr stark zurückgegangenen Strecken beim Gamswild bei einer dieser Organisationen auch nur zur Kenntnis genommen worden wären, von entsprechenden Konsequenzen oder Forderungen gar nicht zu reden. Vor zwei Jahren hat Prof. Rosenberger hier in Aigen sehr

treffende Überlegungen über die Ethik der Jagd vorgestellt.

Diese müssen aber unbedingt ergänzt werden durch die Verpflichtung der Jagd, die Interessen des Wildes fundiert in der Gesellschaft zu vertreten und gleichzeitig damit auch die Interessen einer richtig verstandenen Jagd wahrzunehmen.

Vielleicht können diese Überlegungen einmal Thema einer zukünftigen Jägertagung sein.